

# **Bundesstraße 3 Ortsumgehung Celle (Nordteil)**

**Verlegung von nördlich Celle (B 3) bis  
nordöstlich Celle (B 191)  
von Bau-km 28+645 bis Bau-km 31+055**

## **Unterlage 19.4**

### **Auswirkungen auf die weiteren Schutzgüter nach UVPG a. F.**

**Deckblatt vom 10. Dezember 2024**

Änderungen gegenüber der Unterlage vom 28.6.2016 sind durch eine graue  
Hinterlegung hervorgehoben

Verfasser:



## **Projektbearbeitung**

Prof. Dr. THOMAS KAISER, Landschaftsarchitekt und Dipl.-Forstwirt

FLORIAN KOBBE, Dipl.-Ing.

SANDRA GRIMM, Dipl.-Ing. (FH)

Beedenbostel, den 10.12.2024

.....gez. Kaiser.....  
Prof. Dr. Kaiser, Landschaftsarchitekt

---

## Inhalt

Seite

---

<b>1.</b>	<b>Einleitung</b>	<b>5</b>
<b>2.</b>	<b>Prognose der Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter Menschen sowie Kultur- und sonstige Sachgüter</b>	<b>7</b>
2.1	Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen	7
2.2	Auswirkungen auf das Schutzgut Menschen	8
2.3	Auswirkungen auf das Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter	14
<b>3.</b>	<b>Methode zur Bewertung der Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter des UVPG a.F.</b>	<b>15</b>
<b>4.</b>	<b>Quellenverzeichnis</b>	<b>17</b>
4.1	Literatur	17
4.2	Rechtsgrundlagen	18

## **Verzeichnis der Abbildungen**

Seite

---

Abb. 1-1:	Gliederung der Unterlagen 9 und 19 der Entwurfsunterlagen.	6
-----------	--	---

## **Verzeichnis der Tabellen**

Seite

---

Tab. 2-1:	Vorkehrungen zur Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen auf die Schutzgüter Menschen sowie Kultur- und sonstige Sachgüter durch die Feintrassierung der Straße und die Gestaltung der Bauwerke.	7
Tab. 2-2:	Bau-, anlage- und betriebsbedingte Auswirkungen auf das Schutzgut Menschen.	9
Tab. 2-3:	Bau- und anlagebedingte Auswirkungen auf das Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter.	14
Tab. 3-1:	Rahmenskala für die Bewertung der Umweltauswirkungen.	16

## 1. Einleitung

Die geplante Verlegung der Bundesstraße 3 von nordöstlich Celle (B 191) bis südöstlich Groß Hehlen (B 3) stellt den Nordteil der Ortsumgehung Celle dar. Sie bedarf der Planfeststellung nach § 17 Bundesfernstraßengesetz.

Die Aufstellung der Entwurfsunterlagen für Straßenbauvorhaben zur Planfeststellung basieren im Wesentlichen heute noch auf den „Richtlinien für die Gestaltung von einheitlichen Entwurfsunterlagen im Straßenbau (RE), Ausgabe 1985“ (BMV 1985). Für die verschiedenen Umweltgutachten (insbesondere Umweltverträglichkeitsstudie, FFH-Verträglichkeitsprüfung, landschaftspflegerischer Begleitplan) liegen ebenfalls Richtlinie und Merkblätter zum Aufbau der Gutachten und der Gestaltung der Karten vor (BMV 1995, 1998, FGSV 1996, 2001).

Der Aufbau der vorgelegten umweltrelevanten Unterlagen entspricht demjenigen für die vorausgegangenen Abschnitte zur Ortsumgehung Celle, um eine möglichst gute Vergleichbarkeit im Verfahren sicherzustellen. Aus diesem Grunde fanden die neuen Richtlinien für die landschaftspflegerische Begleitplanung im Straßenbau (BMVBS 2011) einschließlich Musterkarten im vorliegenden Fall nur teilweise Anwendung. Die neuen Richtlinien verfolgen insbesondere das Ziel einer Trennung zwischen planfestzustellenden und erläuternden Teilen und Vermeidung von Wiederholungen. Der Aufbau der Entwurfsunterlagen für den Nordteil der Ortsumgehung Celle berücksichtigt dieses (vergleiche Abb.1-1).

Der Erläuterungsbericht (Unterlage 1) als zentrale Unterlage des Vorhabens enthält die erforderlichen Angaben gemäß § 6 UVPG a.F.<sup>1</sup>. In der Unterlage 19.4 als Teil der Umweltgutachten erfolgt hierfür die gutachterliche Ermittlung der Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter nach UVPG a.F. (vergleiche Abb. 1-1), sofern sie nicht bereits in den Unterlagen 19.2 bis 19.3 dargestellt sind.

---

<sup>1</sup> Da das Verfahren zur Unterrichtung über voraussichtlich beizubringende Unterlagen im vorliegenden Fall vor dem 16. Mai 2017 eingeleitet wurde, gilt nach § 74 Abs. 2 UVPG das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz in der Fassung vor dem 16.5.2017. Dieses Gesetz wird in der vorliegenden Unterlage mit „UVPG a.F.“ zitiert.

<b>Unterlage 9</b>	<b>Landschaftspflegerische Maßnahmen</b>
Unterlage 9.1	Maßnahmenübersichtsplan
Unterlage 9.2	Maßnahmenplan
Unterlage 9.3	Maßnahmenverzeichnis/Maßnahmenblätter
<b>Unterlage 19</b>	<b>Umweltfachliche Untersuchungen</b>
Unterlage 19.1	Bestandsbeschreibung Umwelt, Natur und Landschaft
Unterlage 19.2	Landschaftspflegerischer Begleitplan / Eingriffsregelung
Unterlage 19.3	Artenschutzbeitrag
Unterlage 19.4	Auswirkungen auf die weiteren Schutzgüter nach UVPG a.F.

Abb. 1-1: Gliederung der Unterlagen 9 und 19 der Entwurfsunterlagen.

Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Verden, hat das Büro Prof. Dr. Kaiser (Arbeitsgruppe Land & Wasser) mit der Erstellung des vorliegenden Gutachtens beauftragt.

Die Bestandsaufnahme und -bewertung zu den Schutzgütern nach UVPG a.F. befindet sich in der Unterlage 19.1 „Bestandsbeschreibung Umwelt, Natur und Landschaft“. Sie enthält neben der Darlegung und Zusammenführung aller relevanten Bestandsdaten für die Ermittlung der Umweltauswirkungen des Vorhabens auch die Angaben über die untersuchungsrelevanten Wirkaspekte des Vorhabens, welche in der Auswirkungsprognose zu betrachten sind.

Das Kap. 3 dieser Unterlage enthält die Methodenbeschreibung für die Bewertung der Umweltauswirkungen des Vorhabens nach den jeweiligen fachrechtlichen Kriterien, wie sie in der Unterlage 1 (Erläuterungsbericht) vorgenommen wird.

## 2. Prognose der Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter Menschen sowie Kultur- und sonstige Sachgüter

Die Unterlagen 19.2 bis 19.4 enthalten Darstellungen zu den Auswirkungen auf den größten Teil der Umweltschutzgüter im Sinne des § 2 UVPG a.F., nämlich für die Schutzgüter Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Boden, Wasser, Klima, Luft und Landschaft. Sie enthalten jedoch keine Auswirkungsprognosen auf die Schutzgüter Menschen (einschließlich der menschlichen Gesundheit) sowie Kultur- und sonstige Schutzgüter. Ergänzend zu den Darstellungen der Umweltauswirkungen einschließlich der Vorkehrungen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen in den Unterlagen 19.2 bis 19.3 beschränkt sich die Darstellung in Kap. 2 der vorliegenden Unterlage auf die oben genannten verbleibenden Schutzgüter des UVPG a.F.

### 2.1 Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen

Die Unterlagen 19.2 bis 19.3 enthalten bereits ausführliche Darstellungen der vorgesehenen Vorkehrungen, die vorrangig auf die Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen naturschutzrechtlich relevanter Schutzgutaspekte zielen. Etliche dieser Maßnahmen entfalten zugleich Wirksamkeit für die Schutzgüter Menschen sowie Kultur- und sonstige Sachgüter. Die Tab. 2-1 zeigt in der Übersicht die entsprechenden Maßnahmen einer möglichst schonenden Feintrassierung der Straße sowie Bauwerksgestaltung mit ihrer beabsichtigten positiven Wirkung.

Tab. 2-1: Vorkehrungen zur Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen auf die Schutzgüter Menschen sowie Kultur- und sonstige Sachgüter durch die Feintrassierung der Straße und die Gestaltung der Bauwerke.

Maßnahme	Art der Vermeidung oder Verminderung von Beeinträchtigungen
Schutzwälle und Einschnitte im Bereich von Siedlungsflächen und in der freien Landschaft	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schutz der Wohngebiete vor verkehrsbedingten Lärmbelastungen und damit der Sicherung der Wohn- und Erholungsqualität dieser Gebiete für die Menschen.</li> <li>• Reduzierung der verkehrsbedingten Lärmbelastungen in der freien Landschaft und damit Verringerung der Beeinträchtigung der Landschaft als Gebiet für die landschaftsbezogene Erholung.</li> </ul>

## Sonstige Vorkehrungen

Auch die folgenden Vorkehrungen dienen meist der Minderung von Beeinträchtigungen naturschutzrechtlich relevanter Schutzgüter und zugleich der hier zu betrachtenden zusätzlichen Schutzgüter des UVPG a.F.:

- Einsatz von Baumaschinen, -geräten und -fahrzeugen, die den einschlägigen technischen Vorschriften und Verordnungen entsprechen: Minimierung der Belastung durch Immissionen von Schadstoffen und Lärm.
- Ruhen der Bauarbeiten nachts, an Wochenenden und an Feiertagen: Vermeidung beziehungsweise Minderung der baubedingten Störungen in für Wohn- und Erholungsnutzung besonders sensiblen Zeiten.
- Ordnungsgemäße Lagerung, Verwendung und Entsorgung aller boden- und wassergefährdender Stoffe sowie sofortige und umfassende Beseitigung von bei Unfällen oder Leckagen austretenden Schadstoffen (aus Boden und Gewässern) und ordnungsgemäße Entsorgung: Vermeiden von Beeinträchtigungen der Gesundheit und des Wohlergehens des Menschen.
- Reduzierung der Arbeitsstreifen und Baustelleneinrichtungsflächen auf das unbedingt erforderliche Maß: Erhalt erlebniswirksamer Landschaftsstrukturen sowie Begrenzung der visuellen Beeinträchtigung durch die Baustelle.

Darüber hinaus ist bereits vor Baubeginn und auch baubegleitend eine **archäologische Prospektion und Beurteilung** im Bereich vermuteter Kulturdenkmale vorgesehen.

## 2.2 Auswirkungen auf das Schutzgut Menschen

In Tab. 2-2 werden die zu erwartenden bau-, anlage- und betriebsbedingten Auswirkungen des Vorhabens auf das Schutzgut Menschen mit dem Schwerpunkt auf mögliche und tatsächliche negative Effekte beschrieben (zu Entlastungseffekten siehe unten).



Tab. 2-2: Bau-, anlage- und betriebsbedingte Auswirkungen auf das Schutzgut Menschen.

untersuchungsrelevante Wirkfaktoren und Auswirkungen	Art, Dauer und Umfang der Umweltauswirkungen
	<b>baubedingte Auswirkungen</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Flächeninanspruchnahme für Baufelder und Baustelleneinrichtungen               <ul style="list-style-type: none"> <li>– Entzug von Wohnflächen, Störung von Wegebeziehungen und visuelle Beeinträchtigung des Wohnumfeldes</li> <li>– Flächenentzug und visuelle Beeinträchtigungen von Erholungsbereichen und Störung von Wegebeziehungen</li> </ul> </li> </ul>	<p><u>Entzug von Wohnflächen</u> Für die Baufelder und Baustelleneinrichtungsflächen werden keine Wohnflächen in Anspruch genommen.</p> <p><u>Baubedingte Belastungen / Beeinträchtigungen von Siedlungsbereichen</u> Die Störung von Wegebeziehungen und die visuellen Beeinträchtigungen des Wohnumfeldes durch die Baustellen führen zu Belastungen und zu Beeinträchtigungen des Wohlbefindens der dort wohnenden Menschen. Durch die Baumaßnahmen und die damit verbundenen Transporte kommt es in den Siedlungsbereichen, die an den Baustellen und Zufahrten liegen, zu Beeinträchtigungen durch Immissionsbelastungen (Lärm, Erschütterungen, Staub und andere Luftverunreinigungen).</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schallemissionen von Baufahrzeugen und -maschinen               <ul style="list-style-type: none"> <li>– Lärmbelastung von Siedlungsbereichen</li> <li>– Lärmbelastung von Erholungsbereichen</li> </ul> </li> </ul>	<p>Betroffen hiervon sind vor allem</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• der nordöstliche Ortsrand von Hehlentor, der westliche Ortsrand von Altenhagen sowie der südliche Ortsrand von Vorwerk-Himmelsberg durch zu erwartenden Baustellenverkehr,</li> <li>• die Siedlungsränder, Einzelbebauung und vorhandenen Wegebeziehungen zwischen den Ortsteilen Hehlentor und Groß Hehlen.</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erschütterungen durch den Einsatz von Baumaschinen und durch Baufahrzeuge               <ul style="list-style-type: none"> <li>– Beeinträchtigung von Anwohnern</li> </ul> </li> </ul>	<p>Es handelt es sich um zeitlich auf die Bauphase beschränkte Störungen. Durch Vorkehrungen zur Vermeidung und Minderung von Beeinträchtigungen (siehe Kap. 2.1) können die Belastungen gemindert werden.</p>
	<p><u>Baubedingte Belastungen / Beeinträchtigungen von Erholungsräumen</u> Für die Baufelder, Baustraßen und Baustelleneinrichtungsflächen werden angrenzend an die Straßentrasse Teile der Erholungsräume vorübergehend in Anspruch genommen und somit der Nutzung entzogen. Die Baumaßnahmen und die damit verbundenen Transporte bewirken zumindest zum Teil eine Unterbrechung von Wegebeziehungen und Verschlechterung der Erreichbarkeit von Erholungsräumen und durch Immissionsbelastungen (insbesondere Lärm und Staub) sowie die Baustelle als visuellen Einwirkungsfaktor eine Beeinträchtigung der Attraktivität der Gebiete.</p> <p>Am stärksten betroffen ist die Feldflur zwischen Vorwerker Bachniederung und Groß Hehlen, welche allein ein für die Naherholung nutzbares Wegenetz bereithält. Durch Vorkehrungen zur Vermeidung und Minderung von Beeinträchtigungen (siehe Kap. 2.1) können die Belastungen begrenzt, jedoch nicht verhindert werden.</p>

untersuchungsrelevante Wirkfaktoren und Auswirkungen	Art, Dauer und Umfang der Umweltauswirkungen
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Flächeninanspruchnahme für Straßenkörper, Bauwerke und sonstige Anlagen               <ul style="list-style-type: none"> <li>– Nutzungsentzug von Wohnflächen, Flächen im Wohnumfeld und in Erholungsbereichen</li> <li>– Beeinträchtigung von Wegebeziehungen im Wohnumfeld oder von Wander-, Spazier- und Radwegen</li> <li>– visuelle Beeinträchtigung im Wohnumfeld oder in siedlungsbezogenen Freiräumen</li> </ul> </li> </ul>	anlagebedingte Auswirkungen
	<p><u>Nutzungsentzug von Wohnflächen und Flächen im Wohnumfeld</u>  <del>Bis auf eine bundeseigene Immobilie</del> Am Vorwerker Bach westlich Himmelsberg wird durch den Bau der Straße eine bundeseigene Immobilie (Wohngebäude mit Nebengebäude, Bau-km 29+980) beansprucht. Darüber hinaus werden Nebengebäude (Bau-km 29+460 und 29+830) abgebrochen.          Ferner liegt die Maßnahme A29<sub>CEF</sub> im Bereich der Entwässerungsplanung (Versickerungsfläche) des Bebauungsplanes Nr. 157 der Stadt Celle „Am Vorwerker Bach“ (siehe weitere Ausführungen Unterlage 19.2 und Unterlage 9.3). Laut Angaben der Vorhabensträgerin (schriftliche Mitteilung im November 2022) ist vorgesehen, den entsprechenden Bereich zukünftig nicht mehr als Teil des entsprechenden Geltungsbereiches darzustellen.          Ansonsten werden keine Flächen mit Wohn- oder Wohnumfeldfunktionen (Gebäude, Gärten, Grünanlagen) oder bauleitplanerisch festgesetzte Siedlungsflächen überbaut und der derzeitigen oder einer geplanten Nutzung direkt entzogen.</p>
	<p><u>Beeinträchtigung von Wegebeziehungen im Wohnumfeld</u>          Durch den Bau der Straße werden keine kreuzenden Straßen und Wege zurückgebaut oder unterbrochen. Relevante Auswirkungen ergeben sich nur, wenn Wegebeziehungen verloren gehen oder beeinträchtigt werden, die aktuell für das Erreichen von Wohn- oder Arbeitsstätten oder von Grundversorgungseinrichtungen von Bedeutung sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wegebeziehung Weghaus – Heinhof/ Tannholz: Durch die Unterführung des Heinhofweges unter die B 3 neu im Bereich der Querung der Bahntrasse Hannover – Hamburg wird die Nutzung beispielsweise für Radfahrer erschwert. Der regional bedeutsame Wanderweg (LANDKREIS CELLE 2005)<sup>2</sup> wird durch die Verlegung um rund 600 m verlängert. Die Verbindungen bleiben erhalten.</li> </ul>
	<p><u>Beeinträchtigung von Sichtbeziehungen im Wohnumfeld</u>          Durch den Straßenkörper und die Schutzwälle und die weiteren Bauwerke werden Sichtbeziehungen von den Siedlungsbereichen in die freie Landschaft unterbrochen und beeinträchtigt. Relevante Auswirkungen ergeben sich, wenn bisher wenig beeinträchtigte Sichtbeziehungen in die freie Landschaft und damit ein wertgebender Aspekt des Wohnumfeldes betroffen sind. Besonders relevant ist das nähere Wohnumfeld (rund 150 m, vergleiche BMV 1995):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Hehlentor: Die Sichtbeziehungen von den am östlichen Ortsrand liegenden Wohnhäusern in die freie Landschaft werden beeinträchtigt. Die Beeinträchtigung ist besonders stark aufgrund des geringen Abstandes von weniger als 150 m zur Trasse der B 3 neu.</li> <li>• Hehlentor: Die Sichtbeziehungen von den am nördlichen Ortsrand liegenden Wohnhäusern und ehemaligen Kasernengebäuden in die Niederung des Vorwerker Baches werden beeinträchtigt. Das nähere Wohnumfeld ist aber nicht betroffen.</li> <li>• Himmelsberg: Die Sichtbeziehungen von den am westlichen Ortsrand liegenden Wohnhäusern in die freie Landschaft werden beeinträchtigt. Die Beeinträchtigung ist besonders stark aufgrund des geringen Abstandes von weniger als 150 m zur Trasse der B 3 neu.</li> </ul>

<sup>2</sup> Entsprechend des Entwurfes des Regionales Raumordnungsprogrammes für den Landkreis Celle aus dem Jahr 2017 (vergleiche KRAETZSCHMER et al. 2017: 70) entfallen gegenüber den Darstellungen aus dem Jahr 2005 „[...] sämtliche Festlegungen zu landschaftsgebundenen Erholung sowie zum Tourismus, da zur Zeit weder eine nutzbare Bestandserfassung und Bewertung (regionale Bedeutung) der erholungsrelevanten Gebiete und Standorte vorliegt noch ein gesamträumliches Planungskonzept vorhanden ist und daher die fachlichen Grundlagen für entsprechende regionalplanerische Festlegungen fehlen. Zudem sieht der Landkreis Celle aktuell keinen Bedarf für eine regionale Koordination und vorsorgende Sicherung der landschaftsgebundenen Erholung durch Festlegungen im Regionalplan.“

untersuchungsrelevante Wirkfaktoren und Auswirkungen	Art, Dauer und Umfang der Umweltauswirkungen
	<p><u>Nutzungsentzug und Beeinträchtigung von Wege- und Sichtbeziehungen in Erholungsräumen</u></p> <p>Durch den Bau der Straße werden die beanspruchten Flächen in den Erholungsräumen der derzeitigen Nutzung dauerhaft entzogen. Darüber hinaus werden die Erholungsräume durch das technische Bauwerk überprägt und die Attraktivität der Gebiete wird beeinträchtigt, Blickbeziehungen gehen verloren. Durch den Verlust beziehungsweise die Beeinträchtigung von Wegen wird die Erreichbarkeit und die Nutzbarkeit der Erholungsräume beeinträchtigt.</p> <p>Neben den Belastungen, die eher dem direkten Wohnumfeld und der wohnungsnahen Erholungsnutzung zuzuordnen sind (siehe oben), ergeben sich durch die genannten Wirkfaktoren folgende relevante negative Auswirkungen auf die landschaftsbezogene Erholungsnutzung.</p> <p>Erholungsräume mit allgemeiner Bedeutung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• In den durch aktuelle Vorbelastungen beziehungsweise geringere landschaftliche Attraktivität bestimmten Bereichen zwischen Klein Hehlen und Groß Hehlen, der Feldmark bei Heinhof und der Vorwerker Bachniederung bewirken die Straßentrasse und einzelne Überführungsbauwerke zusätzliche Beeinträchtigungen der Attraktivität dieser Gebiete. Es gehen einzelne erlebniswirksame Landschaftsstrukturen verloren.</li> </ul> <p>Auswirkungen auf vorhandene Wegeverbindungen wurden bereits oben bei den Auswirkungen auf Wegebeziehungen im Wohnumfeld behandelt.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schallemissionen durch den Kraftfahrzeug-Verkehr <ul style="list-style-type: none"> <li>– Lärmbelastung von Siedlungsgebieten und siedlungsbezogenen Freiräumen</li> <li>– Lärmbelastung von Bereichen landschaftsbezogener Erholung</li> </ul> </li> </ul>	<p><b>betriebsbedingte Auswirkungen</b></p> <p><u>Belastung / Beeinträchtigung von Siedlungsbereichen durch Lärm</u></p> <p>Verkehrsbedingte Lärmbelastungen führen in den betroffenen Siedlungsgebieten zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Wohn- und Erholungsqualität. Es handelt sich um Beeinträchtigungen zentraler Daseinsgrundfunktionen des Menschen.</p> <p>Das Ausmaß der immissionsschutzrechtlich relevanten Belastungen wurde durch schalltechnische Berechnungen ermittelt (siehe Unterlage 17.1), wobei die Grenzwerte der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV) entscheidende normative Vorgabe sind. Entsprechend der 16. BImSchV sind die Grenzwerte nur entscheidungsrelevant, soweit die Lärmimmissionen von der neu gebauten Umgehungsstraße selbst ausgehen. Lärm an Straßen, wo keine wesentlichen baulichen Veränderungen durchgeführt werden, fällt nicht unter die Regelungen der 16. BImSchV.</p> <p>Grenzwerte der 16. BImSchV:</p> <p>Durch aktiven Lärmschutz (Wälle und abschnittsweise Führung der Trasse im Einschnitt) wird die Lärmbelastung für die zu schützenden Bebauungsobjekte in zahlreichen Bereichen unter den zulässigen Immissionsgrenzwerten für die Tag- und/oder Nachtzeit gehalten. Wo aktiver Lärmschutz aufgrund der Örtlichkeiten nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Kostenaufwand möglich ist, ergeben sich für bestimmte bewohnte Gebäude Überschreitungen der je nach Gebietstyp unterschiedlichen zulässigen Tag- oder Nacht-Grenzwerte (Details sind der Unterlage 17.1 zu entnehmen):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bereich Nöldekestraße (westl. B 3neu): Bei einem Haus in der Nöldekestraße kommt es zu Überschreitungen der Grenzwerte für Wohngebiete von 49 dB(A) nachts. Passive Lärmschutzmaßnahmen wurden bereits mit dem Planfeststellungsbeschluss vom 22.12.2011 zum Mittelteil der Ortsumgehung Celle festgestellt.</li> </ul> <p>Orientierungswerte der DIN 18 005 - Beiblatt 1 (Schallschutz im Städtebau): Diese Orientierungswerte definieren für die unterschiedlichen städtebaulichen Gebietstypen Obergrenzen einer zumutbaren Lärmbelastung. Sie haben aber bezogen auf das Straßenbauvorhaben nicht die Rechtsverbindlichkeit der Grenzwerte der 16. BImSchV.</p> <p>Es wurden keine Lärmberechnungen zum Vergleich einer Null-Varianten-Prognose (ohne die neue Straße) und der prognostizierten Lärmbelastung mit der B 3 neu im Hinblick auf die Orientierungswerte vorgenommen, da letztere nach aktueller Rechtslage nicht entscheidungsrelevant sind. Aufgrund von Lage und Vorbelastung der Siedlungsflächen sowie den sonstigen Lärmberechnungen lassen sich folgende allgemeine Aussagen zu den Siedlungsbereichen im näheren Umfeld der Trasse ableiten:</p>

untersuchungsrelevante Wirkfaktoren und Auswirkungen	Art, Dauer und Umfang der Umweltauswirkungen
(Fortsetzung)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hehlentor/Altenhagen: Bei zahlreichen (geplanten) Häusern der Straßen Lüneburger Heerstraße, Nöldekestraße, Holunderweg, Rotdornweg, Mirabellenweg, Quittenweg und An der Baumschule kommt es zu Überschreitungen der Orientierungswerte für reine Wohngebiete von 50 dB(A) tags und/oder 40 dB(A) nachts.</li> <li>• Hehlentor/Vorwerk: Bei allen Gebäuden im Gewerbegebiet Sprengerstraße werden die Orientierungswerte für Gewerbegebiete (65/55 dB(A) tags/nachts) eingehalten. Im Bereich der ehemaligen Kaserne werden die Orientierungswerte für Mischgebiete (60/50 dB(A) tags/nachts) an einem Gebäude überschritten.</li> <li>• Himmelsberg: Bei wenigen Häusern an der Straße Himmelsberg kommt es in der Nacht zu Überschreitungen der Orientierungswerte für allgemeine Wohngebiete von 55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts.</li> <li>• Tannholzweg / Weghaus: Die Orientierungswerte für Dorfgebiete (60/50 dB(A) tags/nachts) beziehungsweise Gewerbegebiete (65/55 dB(A) tags/nachts) werden eingehalten.</li> </ul> <p><u>Belastung / Beeinträchtigung von Erholungsräumen durch Lärm</u></p> <p>In den Erholungsräumen führen verkehrsbedingte Lärmbelastungen zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Qualität dieser Gebiete. Es liegen keine gesetzlichen Grenzwerte vor. Beeinträchtigende Lärmpegel ab etwa 50 dB(A) tags (vergleiche RECK et al. 2001) sind in den betroffenen Erholungsräumen großflächig zu erwarten. In den Randbereichen der bestehenden, stärker befahrenen Straßen wären diese im Fall der Null-Variante allerdings auch zukünftig gegeben.</p> <p>Aus den oben genannten Lärmberechnungen und unter Berücksichtigung vorgesehener Maßnahmen des aktiven Lärmschutzes (Wälle, abschnittsweise Führung der Trasse im Einschnitt) lassen sich die folgenden Aussagen ableiten.</p> <p>Erholungsräume mit allgemeiner Bedeutung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bereich zwischen Klein Hehlen und Groß Hehlen: Da der Bereich westlich der bestehenden Lärmquelle B 3 alt liegt, kommt es vorhabensbedingt zu keinen relevanten Änderungen des derzeitigen Zustandes.</li> <li>• Feldmark bei Heinhof: Im Vergleich zur Null-Variante erhöht sich mit zunehmender Entfernung von den bestehenden Lärmquellen B 3 alt und Bahntrasse Hannover - Hamburg die Lärmbelastung durch die B 3 neu deutlich. Dies betrifft auch den Bereich entlang des Heinhofweges als regional bedeutsamer Wanderweg.</li> <li>• Vorwerker Bachniederung: Bis auf die Randzonen entlang der Bahntrasse Hannover – Hamburg ergeben sich im Vergleich zur Null-Variante großflächig neue Lärmbelastungen in diesem abseits der B 3 alt relativ lärmarmen Gebiet.</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schadstoffemissionen durch den Kraftfahrzeug-Verkehr</li> <li>– Belastung von Wohn- und Erholungsbereichen durch Luftverunreinigungen</li> </ul>	<p><u>Belastung/Beeinträchtigung von Siedlungsbereichen und Erholungsräumen durch Luftverunreinigungen</u></p> <p>Durch den Kraftfahrzeugverkehr auf der geplanten Ortsumgehung kommt es über die Verbrennungsprozesse in den Kraftfahrzeugmotoren sowie durch den Fahrbahn- und Reifenabrieb zu Schadstoffimmissionen gas- und partikelförmiger Substanzen.</p> <p>Das Ausmaß der immissionsschutzrechtlich relevanten Belastungen wurde durch immissionstechnische Berechnungen ermittelt (vergleiche Unterlage 17.3).</p>

untersuchungsrelevante Wirkfaktoren und Auswirkungen	Art, Dauer und Umfang der Umweltauswirkungen
	<p>Die NO<sub>2</sub>-Immissionen werden sich in der nahen Umgebung der geplanten Trasse im Planfall gegenüber dem Prognosenullfall erhöhen. Die an straßennah gelegener Wohnbebauung berechneten NO<sub>2</sub>-Immissionen sind um bis zu 1 µg/m<sup>3</sup> erhöhte NO<sub>2</sub>-Gesamtbelastungen mit Jahresmittelwerten bis 22 µg/m<sup>3</sup> als „leicht erhöhte Konzentrationen“ (&gt;50 bis 75 % des Grenzwertes der 39. BImSchV) einzustufen. An der zur bestehenden B 3 und B 191 nächstgelegenen Bebauung außerhalb der geplanten Anschlussstellen werden aufgrund der verkehrlichen Entlastung der Straßen geringfügig reduzierte NO<sub>2</sub>-Immissionen mit Jahresmittelwerten bis 26 µg/m<sup>3</sup> an der zur B 191 nächstgelegenen, beurteilungsrelevanten Bebauung ermittelt. Der Grenzwert von 40 µg/m<sup>3</sup> wird in keinem der Untersuchungsfälle erreicht. Die NO<sub>2</sub>-Kurzzeitbelastungswerte (98-Perzentilwerte) von 130 µg/m<sup>3</sup> werden nicht überschritten.</p> <p>Bei den PM<sub>10</sub> und PM<sub>2.5</sub>-Immissionen (Feinstaub) zeigt sich ein ähnliches Bild. Die an straßennah gelegener Wohnbebauung berechneten PM<sub>10</sub>- und PM<sub>2.5</sub>-Immissionen sind mit 20 µg/m<sup>3</sup> beziehungsweise 14 µg/m<sup>3</sup> im Jahresmittel als „mittlere bis leicht erhöhte Gesamtbelastungen“ (&gt;25 bis 75 % des Grenzwertes) bzw. als „leicht erhöhte Gesamtbelastungen“ (&gt;50 bis 75 % des Grenzwertes) einzustufen. In anderen Bereichen des Untersuchungsgebietes werden im Planfall mit dem Prognosenullfall vergleichbare bzw. geringfügig reduzierte PM<sub>10</sub>-Gesamtbelastungen mit Jahresmittelwerten bis 22 µg/m<sup>3</sup> bzw. mit PM<sub>2.5</sub>-Jahresmittelwerten bis 15 µg/m<sup>3</sup> an der zur B 191 nächstgelegenen Bebauung berechnet. Der Grenzwert der 39. BImSchV für die Anzahl der zulässigen Überschreitungen des Tagesmittelwertes wird in keinem der Untersuchungsfälle erreicht.</p>

### Entlastungseffekte

Den dargestellten Belastungen für das Schutzgut Menschen durch eine Ortsumgehung steht die mit dem Vorhaben beabsichtigte Reduzierung der Verkehrsmengen auf den Ortsdurchfahrten der überregionalen Straßenverbindungen, auf stark belasteten regionalen Verbindungen wie den Kreisstraßen 74 und 32 sowie im sonstigen innerörtlichen Verkehrsnetz Celles gegenüber. Daraus ergibt sich vor allem eine Abnahme der Immissionsbelastung entlang der innerörtlichen Straßenzüge und eine Reduzierung der verkehrsbedingten Trennwirkung auf entlasteten Straßenabschnitten (vergleiche auch Unterlage 17). Details zu den prognostizierten Veränderungen der Verkehrsströme enthalten der Erläuterungsbericht im Teil A der Entwurfsunterlagen und die Unterlage 21.

## 2.3 Auswirkungen auf das Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter

Untersuchungsrelevante betriebsbedingte Auswirkungen auf das Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter sind nicht zu erwarten (vergleiche Tab. 1-1 in Unterlage 19.1). Die bau- und anlagebedingten Auswirkungen auf das Schutzgut werden in Tab. 2-3 dargestellt.

Tab. 2-3: Bau- und anlagebedingte Auswirkungen auf das Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter.

untersuchungsrelevante Wirkfaktoren und Auswirkungen	Art, Dauer und Umfang der Umweltauswirkungen						
<b>bau- und anlagebedingte Auswirkungen</b>							
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Flächeninanspruchnahme für Baufelder und Baustelleneinrichtungen               <ul style="list-style-type: none"> <li>– Verlust/Beeinträchtigung kulturell oder kultur- beziehungsweise naturhistorisch bedeutsamer Objekte oder Bereiche</li> </ul> </li> </ul>	<p><u>Bau- und anlagebedingte Verluste von Kulturdenkmälern:</u> Auf oder im Nahbereich der Trasse befinden sich keine bislang bekannten Bodendenkmäler. Da dieser Wissensstand als vorläufig einzustufen ist, kann nicht ausgeschlossen werden, dass es bei bislang unbekannten Denkmälern zu Beeinträchtigungen oder Verlusten kommt. Als Vorkehrung zu Vermeidung beziehungsweise Verminderung ist eine archäologische Prospektion und Beurteilung vor und während der Bauarbeiten vorgesehen (siehe Kap. 2.1).</p>						
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Flächeninanspruchnahme für Straßenkörper, Bauwerke und sonstige Anlagen               <ul style="list-style-type: none"> <li>– Verlust von kulturell, kultur- beziehungsweise naturhistorisch bedeutsamen Objekten oder Flächen</li> <li>– Beeinträchtigung der Erlebarkeit von bedeutsamen Objekten oder Flächen durch Zerschneidung oder Behinderung von Wege- oder Sichtbeziehungen</li> </ul> </li> </ul>	<p><u>Beeinträchtigung von Baudenkmälern durch die Bauarbeiten:</u> Der denkmalgeschützte Gebäudekomplex der ehemaligen Kaserne an der Hohen Wende befindet sich größtenteils in über 100 m Entfernung von der Trasse. Möglicherweise gefährdende Arbeiten mit Erschütterungen in relevantem Ausmaß (zum Beispiel Rammarbeiten) sind an diesem Streckenabschnitt nicht vorgesehen. Insofern sind Beeinträchtigungen für das Baudenkmal nicht zu erwarten.</p>						
<ul style="list-style-type: none"> <li>– Verlust von Sachgütern</li> </ul>	<p><u>Entzug von Flächen für die Forst- und Landwirtschaft</u> Innerhalb des Einwirkungsbereiches des Vorhabens werden forstwirtschaftlich genutzte Flächen in Anspruch genommen:</p> <table border="0"> <tr> <td>4,22 ha</td> <td>Wald im Sinne des § 2 NWaldLG (vergleiche Unterlage 19.2)</td> </tr> </table> <p>Zusätzlich werden landwirtschaftliche Flächen dauerhaft beansprucht, die damit für eine Produktion von Nahrungsmitteln oder nachwachsenden Rohstoffen nicht mehr zur Verfügung stehen.</p> <table border="0"> <tr> <td>7,85 ha</td> <td>Acker</td> </tr> <tr> <td>2,99 ha</td> <td>Grünland</td> </tr> </table>	4,22 ha	Wald im Sinne des § 2 NWaldLG (vergleiche Unterlage 19.2)	7,85 ha	Acker	2,99 ha	Grünland
4,22 ha	Wald im Sinne des § 2 NWaldLG (vergleiche Unterlage 19.2)						
7,85 ha	Acker						
2,99 ha	Grünland						

### **3. Methode zur Bewertung der Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter des UVPG a.F.**

Die Unterlage 1 enthält im Kap. 5 für jedes Umweltschutzgut in Hinblick auf die Prüfung der Umweltverträglichkeit eine gutachterliche Bewertung auf der Grundlage fachrechtlicher Anforderungen. Die eigentliche Bewertung der Umweltauswirkungen gemäß § 12 UVPG a.F. erfolgt durch die Planfeststellungsbehörde.

Angaben zu den unterschiedlichen Bedeutungen der von Auswirkungen betroffenen Schutzgutausprägungen (Wertstufen) beziehen sich auf die in der Unterlage 19.1 erfolgte fachlichen Bestandsbewertung (Flächen, Räume, Objekte) zu den Schutzgütern.

Die Bewertung der Umweltauswirkungen erfolgt nach KAISER (2013, vergleiche auch HARTLIK & HANISCH 2002 sowie BALLA 2003) anhand der in Tab. 3-1 wiedergegebenen Rahmenskala.

Der Stufe IV, dem Unzulässigkeitsbereich, sind alle Umweltauswirkungen zuzuordnen, die aufgrund einer Gefährdung rechtlich geschützter Güter nicht zulässig sind. Auswirkungen, die die Zulässigkeit des Vorhabens unter rechtlichen Gesichtspunkten nicht in Frage stellen, sind dem Zulässigkeitsbereich zuzuordnen, der in den Belastungsbereich (Stufe II) und den Vorsorgebereich (Stufe I) untergliedert ist. In den Belastungsbereich wird eine negative Auswirkung auf ein Schutzgut eingeordnet, wenn es sich entsprechend der aus dem Fachrecht abgeleiteten Wertmaßstäbe um eine Gefährdung handelt. In den Vorsorgebereich werden die Auswirkungen eingestuft, bei denen die Belastung oder das Risiko einer Gefährdung von Schutzgutaspekten als gering oder nicht vorhanden bewertet wird.

Zwischen dem Unzulässigkeitsbereich und dem Zulässigkeitsbereich liegt mit der Stufe III der Zulässigkeitsgrenzbereich. Ihm sind alle Umweltauswirkungen zuzuordnen, die eine deutliche Gefährdungen rechtlich geschützter Güter darstellen und nur bei überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls zulässig sind.

Belastungs- und Zulässigkeitsgrenzbereich werden - soweit fachlich geboten und sinnvoll - in Unterstufen differenziert. Dies kann bei Variantenvergleichen hilfreich sein, da hierdurch zusätzliche Unterscheidungskriterien zur Verfügung gestellt werden.

Tab. 3-1: Rahmenskala für die Bewertung der Umweltauswirkungen (aus KAISER 2013: 91).

Stufe und Bezeichnung	Einstufungskriterien
<b>IV Unzulässigkeitsbereich</b>	Rechtsverbindliche Grenzwerte für das betroffene Umweltschutzgut werden überschritten oder es findet eine Überschreitung anderer rechtlich normierter Grenzen der Zulässigkeit von Eingriffen oder sonstigen Beeinträchtigungen statt, die nach den einschlägigen Rechtsnormen nicht überwindbar sind.
<b>III Zulässigkeitsgrenzbereich</b>  (optionale Untergliederung)	Rechtsverbindliche Grenzwerte für das betroffene Umweltschutzgut werden überschritten oder es findet eine Überschreitung anderer rechtlich normierter Grenzen der Zulässigkeit von Eingriffen oder sonstiger Beeinträchtigungen statt, die nach den einschlägigen Rechtsnormen nur ausnahmsweise aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses oder des Allgemeinwohles beziehungsweise aufgrund anderer Abwägungen überwindbar sind. In Abhängigkeit vom Ausmaß der zu erwartenden Beeinträchtigung sowie der Bedeutung und Empfindlichkeit betroffener Schutzgutausprägungen kann der Zulässigkeitsgrenzbereich untergliedert werden.
<b>II Belastungsbereich</b>  (optionale Untergliederung)	Das betroffene Umweltschutzgut wird erheblich beeinträchtigt, so dass sich daraus nach den einschlägigen Rechtsnormen eine rechtliche Verpflichtung ableitet, geeignete Maßnahmen zur Kompensation zu ergreifen. Die Beeinträchtigungen sind auch ohne ein überwiegendes öffentliches Interesse oder Allgemeinwohl bzw. anderer Abwägungen zulässig. In Abhängigkeit vom Ausmaß der zu erwartenden Beeinträchtigung sowie der Bedeutung und Empfindlichkeit betroffener Schutzgutausprägungen kann der Belastungsbereich untergliedert werden.
<b>I Vorsorgebereich</b>	Die Beeinträchtigung des betroffenen Umweltschutzgutes erreicht nicht das Maß der Erheblichkeit, ist aber unter Vorsorgegesichtspunkten beachtlich, beispielsweise auch bei der Berücksichtigung von Vorkehrungen zur Vermeidung oder Verminderung der Beeinträchtigung. Aufgrund der geringen Schwere der Beeinträchtigung führt diese nicht zu einer rechtlich normierten Verpflichtung, geeignete Maßnahmen zur Kompensation zu ergreifen.



## 4. Quellenverzeichnis

### 4.1 Literatur

BALLA, S. (2003): Bewertung und Berücksichtigung von Umweltauswirkungen nach § 12 UVPG in Planfeststellungsverfahren. – Beiträge zur Umweltgestaltung **A153**: 484 S.; Berlin.

BfN – Bundesamt für Naturschutz (1999): Daten zur Natur 1999. – 266 S.; Bonn - Bad Godesberg.

BMV – Bundesministerium für Verkehr (1985): Richtlinien für die Gestaltung von einheitlichen Entwurfsunterlagen im Straßenbau (RE), Ausgabe 1985. – 19 S. + Anlagen; Bonn.

BMV – Bundesminister für Verkehr (1995): Musterkarten für Umweltverträglichkeitsstudien im Straßenbau. – 35 S. + Karten; Bonn.

BMV – Bundesministerium für Verkehr (1998): Musterkarten für die einheitliche Gestaltung landschaftspflegerischer Begleitpläne im Straßenbau. – 23 S. + 3 Karten; Alsfeld.

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (2011): Richtlinie für die landschaftspflegerische Begleitplanung im Straßenbau (RLBP). – 51 S. + Anhänge + Musterkarten; Bonn.

FGSV – Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (1996): Richtlinien für die Anlage von Straßen. Teil: Landschaftspflege. Abschnitt 1: Landschaftspflegerische Begleitplanung (RAS-LP 1), Ausgabe 1996. – 30 S.; Köln.

FGSV – Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (2001): Merkblatt zur Umweltverträglichkeitsstudie in der Straßenplanung - M UVS. – 20 S. + Anhang; Köln.

HARTLIK, J., HANISCH, J. (2002): Praxisbeispiel zur UVP in der Bauleitplanung: UVU für eine Gewerbeansiedlung im Südosten Hamburgs. – UVP-report **15** (4): 199-203; Hamm.

INGENIEURBÜRO LOHMEYER (2015): Luftschadstoffgutachten zum Neubau der Ortsumgehung Celle im Zuge der B 3, Nordteil – Aktualisierung – Ingenieurbüro Lohmeyer GmbH & Co. KG, Gutachten im Auftrage der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Verden; Radebeul. [unveröffentlicht]

KAISER, T. (2013): Bewertung der Umweltauswirkungen im Rahmen von Umweltprüfungen. – Naturschutz und Landschaftsplanung **45** (3): 89-94; Stuttgart.

KRAETZSCHMER, D., PROCHNOW, A., LASKE, M. (2017): Regionales Raumordnungsprogramm 2016 für den Landkreis Celle Teil C Umweltbericht (Stand 22.02.2017), – Planungsgruppe Umwelt. – 141 S.; Hannover. Daten durch Einsicht auf der Homepage des Landkreis Celle (<https://www.landkreis-celle.de/kreisverwaltung/bauen-und-kreisentwicklung/kreisentwicklung/neuaufstellung-rrp.html>), Datenzugriff vom Mai 2022.

LANDKREIS CELLE (2005): Regionales Raumordnungsprogramm 2005 für den Landkreis Celle. – 149 S. + Karten; Celle.

RECK, H., RASSMUS, J., KLUMP, G.M., BÖTTCHER, M., BRÜNING, H., GUTSMIEDL, I., HERDEN, C., LUTZ, K., MEHL, U., PENN-BRESSEL, G., ROWECK, H., TRAUTNER, J., WENDE, W., WINKELMANN, C., ZSCHALICH, A. (2001): Tagungsergebnis: Empfehlungen zur Berücksichtigung von Lärmwirkungen in der Planung (UVP, FFH-VU, § 8 BNatSchG, § 20c BNatSchG). – Angewandte Landschaftsökologie **44**: 153-160; Bonn - Bad Godesberg.

## 4.2 Rechtsgrundlagen

16. BImSchV – Sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung), Ausgabe vom 12. Juni 1990 (BGBl. I S. 1036), zuletzt geändert durch ~~Gesetz vom 18. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2269).~~ Verordnung vom 4. November 2020 (BGBl. I S. 2334).

24. BImSchV – Vierundzwanzigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrswege-Schallschutzmaßnahmenverordnung) vom 4. Februar 1997 (BGBl. I S. 172, 1253), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. September 1997 (BGBl. I S. 2329).

39. BImSchV – Neununddreißigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen) vom 2. August 2010 (BGBl. I S. 1065), zuletzt geändert durch ~~Gesetz vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474).~~ Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328).

BArtSchV – Verordnung zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten (Bundesartenschutzverordnung) vom 16. Februar 2005 (BGBl. I S. 258), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Januar 2013 (BGBl. I S. 95).

BImSchG – Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG), in der Fassung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Gesetz vom ~~31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)~~ 3. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225, Nr. 340).

BNatSchG – Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Gesetz vom ~~31. August 2015 (BGBl. I S. 1474).~~ 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323).

EU-Vogelschutzrichtlinie – Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (Abl. EG Nr. L 20 S. 7) vom 26.01.2010, zuletzt geändert durch Verordnung 2019/10/EU vom 5. Juni 2019 (Abl. EG Nr. L 170 S. 115).

FFH-Richtlinie – Richtlinie 92/43/EWG des Rates zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen vom 21. Mai 1992 (Abl. EG Nr. L 206 S. 7), zuletzt geändert durch Richtlinie 2013/17/EU vom 13. Mai 2013 (Abl. EG Nr. L 158 S. 193).

FStrG – Bundesfernstraßengesetz vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Gesetz vom ~~31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)~~ 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409).

NDSchG – Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz vom 30. Mai 1978 (Nds. GVBl. S. 517), ~~zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Mai 2011 (Nds. GVBl. S. 135).~~ zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Dezember 2023 (Nds. GVBl. S. 283).

~~NAGBNatSchG NNatSchG – Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz vom 19. Februar 2010~~ Niedersächsisches Naturschutzgesetz vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 104), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Dezember 2023 (Nds. GVBl. S. 289, 2024 Nr. 13).

NWaldLG – Niedersächsisches Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung vom 21. März 2002 (Nds. GVBl. S. 112), ~~zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2014 (Nds. GVBl. S. 475).~~ zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Mai 2022 (Nds. GVBl. S. 315).

NWG – Niedersächsisches Wassergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 64), ~~zuletzt geändert durch Artikel 2 § 7 des Gesetzes vom 12.11.2015 (GVBl. S. 307).~~ zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. September 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 82).

UVPG a.F. – Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2490).

UVPG – Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323).

UVPVwV – Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 18. September 1995 (GMBI. S. 671).